

## Fallstudie: Wie kann die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland verbessert werden?

Sie sind als Volkswirt/in am Deutschen Wirtschaftsinstitut, einer unabhängigen Forschungseinrichtung, tätig und sollen im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums ein wirtschaftspolitisches Gutachten erstellen. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland zeigte im abgelaufenen Jahr die folgenden Zahlen:



	<b>Deutschland</b>	<b>Euro-Raum</b>
reales BIP (in Preisen von 2015)	3 240,9 Mrd. Euro (Vorjahr: 3222,6 Mrd. Euro)	Wert liegt noch nicht vor. (Vorjahr: 11 561 Mrd. Euro)
VR reales BIP	+ 0,6 % (Vorjahr: +1,5 %)	Wert liegt noch nicht vor (Vorjahr: +1,9%)
Anzahl Erwerbspersonen	46,5 Mio. (Vorjahr: 46,1 Mio.)	
Arbeitslosenquote	3,2% (Vorjahr: 3,4%)	7,6 %, Vorjahr: 8,2%
Zahl der offenen Stellen	668 000	
VR Verbraucherpreisindex	+1,4 % (Vorjahr: + 1,5%)	+1,6 % (Vorjahr: 1,6%)
Reale Bruttoinvestitionen	683,5 Mrd. Euro (Vorjahr: 695,4 Mrd. Euro)	
VR Bruttoinvestitionen	-1,7% (Vorjahr: +4,9%)	
VR Löhne	+1,7 % (Vorjahr: +0,7%)	
VR Gewinne	-6,3% (Vorjahr: -4,2%)	
Exporte	1 571,07 Mrd. Euro (Vorjahr: 1 557,27 Mrd. Euro)	Wert liegt noch nicht vor (Vorjahr: 502,1 Mrd. Euro Außenbeitrag)
Importe	1 379,5 Mrd. Euro (Vorjahr: 1 353,6 Mrd. Euro)	
Auftragseingänge	aus dem Inland: sinkend aus dem EU-Ausland: leicht steigend aus dem übrigen Ausland: sehr leicht steigend	
VR Staatsausgaben	+4,5 % (Vorjahr: +3,4 %)	
VR Staatseinnahmen	+3,5 % (Vorjahr: +4,8 %)	
Haushaltslage des Staates	Seit mehreren Jahren weisen die Staats- haushalte insgesamt einen positiven Finanzierungssaldo auf.	
Kapazitätsauslastung	Im Durchschnitt 97 %, dies gilt für die Konsumgüter- und die Investitionsgüter- industrie gleichermaßen. Ein Rückgang in der Investitionsgüterindustrie wird erwar- tet.	
Kapitalmarktzinsen	1,4 % Sollzinsen im Schnitt, unverändert gegenüber den Vorjahren	
Hauptrefinanzierungssatz	0 %, unverändert gegenüber den Vorjahren	
Einlagefazilität	-0,5 %, unverändert gegenüber den Vorjahren	
VR Geldmenge	+5 %, sinkend gegenüber den Vorjahren	

Quellen:

- <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Publikationen/Downloads-Inlandsprodukt/zusammenhaenge-pdf-0310100.pdf>
- [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=National\\_accounts\\_and\\_GDP/de](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=National_accounts_and_GDP/de)
- <https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/mainPage.do>
- [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/10/PD19\\_393\\_421.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/10/PD19_393_421.html)
- <https://www.ecb.europa.eu/press/pr/stats/mfi/html/ecb.mir1912-d2b4aec6cb.en.html>

Von Ihrem Abteilungskollegen erhalten Sie die Information, dass der Zusammenhang zwischen der Einlagefazilität und den Bruttoinvestitionen folgendermaßen modelliert werden kann:

$$\text{gesamtwirtschaftliche Nachfrage} = - 265 \cdot \text{Zinssatz der Einlagefazilität} + 2.224$$

Der Hauptrefinanzierungssatz lag in den letzten Jahren unverändert bei 0 %. Daher wurde hier kein Zusammenhang dieses Satzes und der Nachfrage modelliert.

### **Arbeitsauftrag:**

Folgende Vorschläge zur Besserung der wirtschaftlichen Lage sind in der wirtschaftspolitischen Diskussion:

1. Massive Erhöhung der Staatsausgaben durch die Bundesregierung. Diese Erhöhung wird durch die Aufnahme von neuen Krediten auf dem inländischen Kapitalmarkt finanziert.
  2. Weitere Senkung der Einlagefazilität auf -0,6%.
  3. Nullrunde bei den Löhnen durch eine konzertierte Aktion der Gewerkschaften und der Arbeitgeber.
  4. Erhöhung des Zinssatzes für Hauptrefinanzierungsgeschäfte (Mengentender) auf fixe 0,5 %.
- 
- **Analysieren Sie die Situation im Sinne des Arbeitsschemas für die Lösung wirtschaftspolitischer Fallstudien (hier nur 1.1 und 1.3).**
  - **Beurteilen Sie die Erfolgchancen der vorgeschlagenen Maßnahmen im Hinblick auf die Ziele der Wirtschaftspolitik.**

Die Idee zur Fallstudie und das Raster wurde übernommen aus:

Langner, Frank: Modellbildung und Fallstudien. In: Jacobs, Heinz: Methodenbewusster Ökonomieunterricht. Lernen an Beispielen. Schwalbach/Ts. 2010. S. 47ff. und auf der beigelegten CD veröffentlichtes Material.

Für viele weitere ähnliche Fallstudien sei außerdem empfohlen:

Müller, Hans-Jürgen: Angewandte Volkswirtschaftslehre. Wirtschaftspolitische Fallstudien mit Lösungstechniken. Wiesbaden 2012.

## Lösungshinweise

### 1. Lage

- a. Wachstum: VR des realen BIP ist niedrig und im Vergleich zum Vorjahr sinkend. Auch im Vorjahr wurde der Zielwert von ca. +3% nicht erreicht.
- b. Preisniveaustabilität: Ziel einer Inflationsrate von nahe +2% ist erreicht, kaum Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
- c. Arbeitslosigkeit: sinkende Arbeitslosenquote, Ziel von 3% nahezu erreicht.
- d. Außenhandel: Großes Ungleichgewicht (Außenbeitrag bei ca. 6,4% des BIP; Referenzwert: max. 2% des BIP), Ziel der Ausgeglichenheit nicht erreicht.
- e. Insgesamt also haben wir es mit einem Rückgang des Wachstums zu tun, bei gleichzeitig sehr geringer Arbeitslosigkeit und sehr geringer Inflationsrate und einem sehr hohen Außenbeitrag. Grundproblem ist also der Wachstumsrückgang, der sich in der Folge in eine Rezession ausweiten könnte. Dies ist im Zusammenhang mit dem außenwirtschaftlichen Ungleichgewicht zu adressieren.
- f. Konjunkturzyklus: Da die Kapazitäten ausgelastet sind und die Arbeitslosigkeit niedrig und sinkend ist (bei gleichzeitig aus Knappheitsgründen steigenden Löhnen), kann von einer Boomphase ausgegangen werden (auch wenn die niedrige und leicht sinkende Inflationsrate eigentlich dagegen spricht!). Da gleichzeitig die Auftragseingänge im Inland genauso wie die Bruttoinvestitionen sinken, kann von einer drohenden Rezession ausgegangen werden. Diese hat v.a. inländische Gründe, da die Auslandsnachfrage unverändert stark ist, was an den stabilen Exporten und den Auftragseingängen aus dem Ausland ersichtlich ist. Der bisherige Boom scheint durch die Auslandsnachfrage gestützt gewesen zu sein. Dies trifft auf die gesamte Eurozone zu, wenn auch nicht im ganz so großen Maße wie für Deutschland.

### 2. Ursachen

- a. Nachfrageseitige Gründe:
  - i. Die Konsumnachfrage kann nicht Grund des Wachstumsrückganges sein, da die Löhne steigen und dies im aktuellen Jahr stärker als im Vorjahr. Die Arbeitslosigkeit geht ebenfalls zurück, sodass mit einem Rückgang des Konsums nicht zu rechnen ist. Stattdessen wird angesichts der niedrigen Arbeitslosenquote mit einer Arbeitskräfteknappheit und daher mit tendenziell weiter steigenden Löhnen zu rechnen sein.
  - ii. Die Staatsausgaben wachsen schneller als die Staatseinnahmen, was ein Hinweis auf eine schon expansive staatliche Wirtschaftspolitik ist.
- b. Angebotsseitige Gründe:
  - i. Die Kapazitätsauslastung ist sehr hoch, was dafür spricht, dass die Unternehmen mit Knappheitsproblemen hinsichtlich Produktionsfaktoren zu tun haben.
  - ii. Die Gewinne der Unternehmen gehen zurück. Dieser Rückgang hat sich im Vergleich zum Vorjahr verstärkt. Ebenfalls sind in diesem Jahr zum ersten Mal die Bruttoinvestitionen gesunken. Dies deutet darauf hin, dass in der derzeitigen Hochkonjunktur die ersten Grenzanbieter angesichts steigender Kosten (→ steigende Löhne, stagnierendes Auslandsgeschäft) aus dem Markt ausscheiden. Als Folge sinken die Investitionen (s.o.).
  - iii. Da es die Unternehmen vor allem mit einem Rückgang der Kapazitätsauslastung in der Investitionsgüterindustrie zu tun haben, könnte bei der Nachfrage nach Investitionsgütern ein Ansatzpunkt für die Wirtschaftspolitik liegen.
- c. Die Geldversorgung betreffende Gründe:
  - i. Die Zinssätze der EZB liegen bei 0% bzw. sind im negativen Bereich angesiedelt, die Kapitalmarktzinsen im sehr niedrigen positiven Bereich. Derzeit könnten die Unternehmen also zu sehr günstigen Konditionen Investitionen tätigen.

- ii. Die Geldmenge der Eurozone ist stärker gewachsen als das BIP in der Eurozone; dessen BIP-Wachstum war zuletzt allerdings höher als das deutsche BIP. Da es gleichzeitig nur einen sehr moderaten Anstieg der Preise gab innerhalb Deutschlands aber auch in der Eurozone insgesamt gab, erscheint das Geldmengenwachstum angemessen.

### 3. Maßnahmen

- a. Kreditfinanzierte Erhöhung der Staatsausgaben: Angesichts der niedrigen Kapitalmarktzinsen und der niedrigen Inflation ist dies eine attraktive Maßnahme. Dies könnte die inländische Nachfrage anheizen und so zu einer Verringerung der Abhängigkeit von der Exportwirtschaft führen. Allerdings ist die Wirtschaftspolitik jetzt schon expansiv ausgerichtet. Zudem wird ein Sinken der Kapazitätsauslastung in der Investitionsgüterindustrie, nicht in der Konsumgüterindustrie erwartet, sodass die Maßnahme am Problem vorbeiginge.
- b. Senkung der Einlagefazilität: Aufgrund der niedrigen (leicht sinkenden) Inflationsrate ginge von einer solchen Maßnahme nur eine geringe Gefahr für die Inflation aus. Bei einem sinkenden Zinssatz für die Einlagefazilität würden die Zinsen im Interbankenmarkt (dem Alternative für Übernachtanlagen) ebenfalls sinken. Ausgehend von der Modellierung kann von einer solchen Maßnahme ein Ansteigen der Investitionen um 26,5 Mrd. Euro ausgegangen werden. Dies würde den Rückgang im Vergleich zum Vorjahr wettmachen. Wie sich die Maßnahme auf das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht auswirken würde ist ungewiss. Insgesamt ist aber fraglich, wie lange die EZB eine Politik der Negativzinsen durchhalten kann bzw. wie tief sie den Zinssatz sinken lassen kann. Zudem ist fraglich, in wie weit die Geschäftsbanken ihre Kapitalmarktzinsen weiter senken können und gleichzeitig profitabel arbeiten können, da die Sollzinsen mit derzeit 1,4% sehr niedrig sind.
- c. Nullrunde beim Lohn: Diese Maßnahme würde einen Teil des Kostendruckes von den Unternehmen nehmen, was zu höheren Gewinnen und ggf. zu höheren Investitionen führen könnte. Da die Gesamtnachfrage aber sehr stark vom Ausland getragen wird und aufgrund des Außenhandelsungleichgewichtes eine stärkere Inlandsnachfrage wünschenswert wäre, wäre diese Maßnahme kontraproduktiv. Zudem könnte eine Nullrunde dazu führen, dass die Inflationsrate weiter sinkt, was ggf. zu einer Deflation(skrise) führen könnte. Als Reaktion müsste die EZB und die Regierung eine expansive Politik betreiben. Die EZB hat dafür allerdings kaum Spielraum.
- d. Die Erhöhung des Hauptrefinanzierungssatzes hätte zur Folge, dass die längerfristige Versorgung der Geschäftsbanken mit Zentralbankgeld verteuert würde. Dies kann dazu führen, dass die Geschäftsbanken die die Kapitalmarktzinsen (derzeit mit 1,4% sehr attraktiv für Investitionen) anheben könnten. Psychologisch könnte dies in der derzeitigen Lage bedeuten, dass die EZB die Politik der Liquiditätsversorgung der Banken um jeden Preis aufgeben wird. Daher ist diese Maßnahme vollkommen kontraproduktiv.

Fazit: Maßnahme 2 erscheint am ehesten geeignet, allerdings ist die derzeitige Lage sehr ungewöhnlich, da ein Boom bei gleichzeitig niedriger Inflation und niedrigen Zinssätzen vorliegt, sodass der EZB wenig Spielraum hat, die Zinsen weiter zu senken.